Der Juniaufstand und seine Folgen

Egon Bahr hielt Eröffnungsvortrag bei Symposium des Zentrums für Zeithistorische Forschung

VON IWAN ZINN

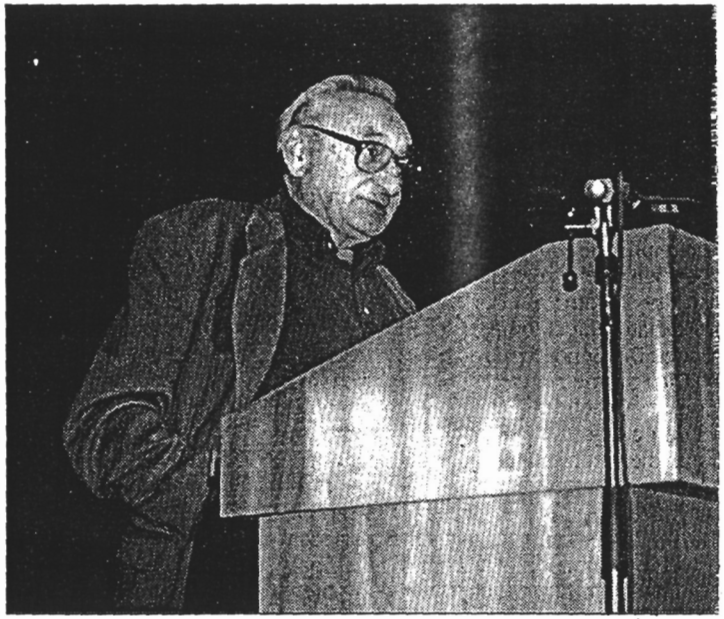
„Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa" waren die Themen eines dreitägigen Symposiums, das vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) im Alten Rathaus veranstaltet wurde. Angereist waren zahlreiche Historiker, Sozialwissenschaftler und Zeitzeugen aus Ost und West. Der Vorstand des ZZF, Christoph Kleßmann, erklärte in seiner Begrüßungsrede, daß die Erkenntnisgrenzen der methodischen DDR-Forschung einem durch die Archivöffnungen bedingten wissenschaftlichen Boom gewichen seien. Hierbei verdienen die Ereignisse des Jahres 1953 – dem Schlüsseljahr des Kalten Krieges – besondere Aufmerksamkeit, so Kleßmann.

Den Eröffnungsvortrag des Symposiums hielt der SPD-Politiker Egon Bahr, bekannt und umstritten als der strategische Kopf der Brandt'schen Ostpolitik. Im Jahr 1953 war Bahr Chefredakteur des Rundfunksenders „Rias". Er habe zwar damals den Mißbrauch des Senders als Propagandaorgan der West-Alliierten verhindern wollen, dennoch habe es unzweifelhaft verschlüsselte Botschaften und Aufforderungen an die Hörer in der „Zone" gegeben. Bahr hält sich rückblickend selbst für einen „kalten Krieger". Durch Erfahrungen wie die Berlin-Blockade habe er die Politik des Ostens als Bedrohung wahrgenommen. Nach dem Tod Stalins im März 1953 beobachtete er skeptisch die Entspannungstendenzen. Er mißtraute den Machtinteressen des Kreml und warnte vor verfrühten Friedenssignalen.

Bahr ist sich auch heute noch nicht sicher, ob die vorherigen Verhandlungsangebote des Kremls zur deutschen Frage, wie die Stalin-Note von 1952, hätten ernster genommen werden müssen, oder ob die Bewertung als reine Störungsmanöver realistisch war. Fest stehe, daß nicht einmal der Versuch einer Sondierung gemacht wurde, was auch daran gelegen habe, daß keine direkten Kommunikationskanäle vorhanden gewesen seien.

Bahr erinnert sich, daß er und seine Mitarbeiter im Funkhaus über die Ereignisse, die zum Juniaufstand 1953 in der DDR geführt hatten, nur unzureichend informiert waren: Die Verkündung des „Neuen Kurses", die Erhöhung der Arbeitsnormen und die wachsende Konfrontation zwischen Arbeitern und dem FDGB als Transmissionsriemen der SED. Am 16. Juni begannen Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee zu demonstrieren. Die wirtschaftlichen Proteste gingen über in politische Forderungen nach freien Wahlen und der Einheit Deutschlands. Bahr überlegte, daß ein Massenaufstand, dem es an jeglicher Organisation fehle, zum Scheitern verurteilt sei. Rias beschränkte sich darauf, die Forderungen des Streikkomitees zu senden. Doch auch das verbot die US-Administration, die der Kriegsgefahr begegnete, indem sie der Sowjetunion freie Hand ließ. Bahr aktivierte den damaligen DGB-Vorsitzenden, der die Forderungen über den Sender wiederholte. Dies habe eine große informelle Bedeutung für die organisatorische Ausbreitung der Protestaktionen gehabt, so Bahr. Deshalb könne gesagt werden, daß der Rias als „Katalysator des Aufstands" gewirkt habe.

Schon damals sei deutlich geworden, welche enorme Macht und Verantwortung die elektronischen Massenmedien besitzen. Die weltweite Kommunikation sei auch eine wichtige Komponente der Implosion des sowjetischen Imperiums gewesen. Bahr meint, ohne eine Intervention russischer Truppen beim Juniaufstand sei die deutsche Teilung wahrscheinlich überwunden worden, so aber wurde sie gefestigt und mit dem Mauerbau 1961 vollendet.



EGON BAHR beim Potsdamer Symposium über das „Krisenjahr 1953"

Foto: Andreas René

Der 17. Juni prägte die Politik in Ost und West. Die durch Legitimationsdefizite begründete Angst der DDR-Führung vor der eigenen Bevölkerung verstärkte sich noch und blieb bis zum Umbruch 1989 erhalten. Sie beschloß, nie mehr Schwäche zu zeigen und blieb noch starr, als Gorbatschow bereits seine Reformpolitik realisierte.

Die Bevölkerung mußte sich nach 1953 mit dem Status Quo abfinden, sie konnte keine aktive Hilfe aus dem Westen erwarten. Bahr nahm als Architekt der Ostpolitik eine ambivalente Position ein: Er war der Überzeugung, daß Reformen innerhalb der DDR und die Voraussetzungen einer Wiedervereinigung nur in Kooperation und mit Einwilligung der Sowjetunion zu schaffen seien. „Wandel durch Annäherung" hieß sein Konzept, das die DDR anerkannte und durch finanzielle Transfers stabilisierte. Durch Handel und Kredite sollte Entspannung nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch innerhalb des Ostens gefördert werden. Bahr räumte in seinem Vortrag ein, daß es aus heutiger Sicht ein Fehler gewesen sei, die Verhandlungen nur auf die Führungsebene zu reduzieren. Die Bürgerrechtsbewegungen, wie z.B. in Polen, habe er vernachlässigt und unterschätzt.

amerikanischem Vorbild. Den Studenten [illegible] nicht übereinstimmt. Auch Steinmüller

„Da war nichts fremdgesteuert"

Neue Fakten, verblassende Mythen: Der 17. Juni und Berijas Tod

Die Geschichte der Menschheit kennt Schicksalsjahre. 1953 war ein solches Jahr, denn am 5. März dieses Jahres schlug eine Nachricht ein wie eine Bombe: Stalin ist tot. Die Sowjetunion stand über Nacht führerlos da. Der nun folgende Machtkampf zwischen Chruschtschow, Molotow und dem „Leutnant Stalins", Lawrenti Berija, stellte das gesamte stalinistische System auf eine innere Zerreißprobe, die im Volksaufstand vom 17. Juni gipfelte.

Die Geheimdiplomatie blühte, lieferte ausreichend Stoff für Mythen. „Ein solcher Mythos ist, daß die Geheimdienste einen Anteil an dem Aufstand hatten", meint Michael Lemke vom Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam. „Das kam ganz überraschend, da war nichts fremdgesteuert." Seit die Archive in Moskau, Washington und Ost-Berlin offen sind, muß das historische Puzzle der damaligen Ereignisse neu gelegt werden. Eine mühselige Arbeit und Stoff für ein internationales Symposium zum Thema „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa". Rund 60 Historiker nahmen an dem Treffen im Potsdamer Alten Rathaus teil, das vom ZZF und anderen Institutionen veranstaltet wurde.

Noch unter Stalin sollte die DDR zum strategischen Vorfeld der Sowjetunion aufgerüstet werden, analog der sich abzeichnenden Einbindung der Bundesrepublik in ein westliches Verteidigungsbündnis. Doch die Aufstellung einer großen Armee, der Bau eines U-Boot-Hafens auf Rügen und teure MiGs brachten die DDR an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit. Im Westen blühte das Wirtschaftswunder, im Osten drohte der Ruin – eine Krise zeichnete sich ab, zumal die SED-Funktionäre eine zehnprozentige Normerhöhung verkündeten. Zwischen März und Mai 1953 häuften sich die Streiks.

„Es vergingen acht Wochen, ehe die sowjetische Führung darauf reagierte", erklärte Mark Kramer von der Harvard-Universität. „Sie war viel zu sehr mit ihrem inneren Machtkampf beschäftigt." Erst Mitte Mai 1953 nahm das Präsidium des Ministerrates der UdSSR die Lage im westlichsten Satellitenstaat unter die Lupe. Dabei schälte sich ein Konflikt heraus, der für die Macht im Kreml von entscheidender Bedeutung sein sollte. Die deutsche Frage war Angelegenheit des Außenministeriums, das Molotow leitete. Das sowjetische Innenministerium und die Sicherheitsorgane waren jedoch gleichermaßen am Aufbau eines stalinistischen Apparates in der sowjetisch regierten Zone beteiligt. Diese unterstanden aber Berija, dem gefürchteten Henkersknecht Stalins. Er erhielt seine Informationen aus erster Hand und sah die drohende Implosion viel eher als der altgediente Diplomat Molotow, für den die DDR nur ein lästiges Anhängsel der großen Weltpolitik war.

„Es stellte sich die Frage, ob die Sowjetunion die DDR als sozialistisches Land aufpäppeln oder in ein neutrales, militärisch schwaches Deutschland entlassen wollte", brachte Vojtech Mastny vom Woodrow Wilson Center den Konflikt auf den Punkt. Berija weilte damals mehrere Male selbst in Ost-Berlin. Immer wieder mahnte er, den beschleunigten Aufbau des Sozialismus in der DDR zurückzunehmen. Unklar ist, ob diese Auffassung von Chruschtschow und Molotow geteilt wurde.

Tatsächlich beschloß die Regierung Ulbricht am 9. Juni 1953 auf Moskauer Druck hin den „Neuen Kurs", die Rücknahme etlicher überzogener Forderungen. Doch die Normerhöhung blieb, und deshalb gingen am 16. und 17. Juni 1953 die Arbeiter und Angestellten in der ganzen DDR auf die Straße. Sowjetische Panzer stellten die Ordnung wieder her. Die Zahl der Verhafteten ging in die Zehntausende, die der Toten wird mit bis zu 800 angegeben. Auch ein Mythos, denn „selbst eine Zahl zwischen 100 und 200 halte ich für viel zu hoch", wie Ilko-Sascha Kowalczuk aus Berlin schätzt.

Berijas Engagement in Ostdeutschland wurde ihm zum Verhängnis. Zuviel Macht ballte sich in seinen Händen. Eingedenk der großen Säuberungen unter Stalin, die Berija mitorganisiert hatte, fühlten sich Molotow und Chruschtschow physisch bedroht. Also inszenierten sie knapp eine Woche nach dem Aufstand die Verhaftung Berijas. Die Anklage lautete neben anderen Punkten auf Verrat an der DDR. Er, Berija, habe sie an den Westen verschachern wollen. Als im Dezember 1953 der Prozeß stattfand, war Berija vermutlich schon tot. Erschossen, als offizielles Todesdatum gilt der 23. Dezember 1953. Der Machtkampf war entschieden, auch in der DDR: Gedeckt durch die sowjetischen Panzer, setzte sich Ulbricht gegen seine Widersacher im Politbüro durch.

HEIKO SCHWARZBURGER

Mitgliederversammlung